

15 Jahre FNPA – Bilanz und Perspektiven

Entstehung und Ziele des FNPA

Das Forum Neue Politik der Arbeit existiert inzwischen seit 15 Jahren. Die Präsentation des Buches „Zwischen Selbstbestimmung und Selbstausbeutung - Gesellschaftlichen Umbruch und neue Arbeit“ im DGB-Haus in Berlin wurde 2002 zum Anlass seiner Gründung. Der DGB forderte in seinem damals noch recht neuen Grundsatzprogramm von 1996 gegen das immer klarer zu erkennende neoliberale Rollback die Verteidigung des Sozialstaats, orientiert am Erfolgsmodell der wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegsdemokratien. Herausgeber und Autoren des Buches sahen allerdings nach „Thatcherism“, „Reagonomics“ und deren Folgen den einfachen Weg zurück zum Keynesianischen Wohlfahrtsstaat verstellt und plädierten für eine „neue Politik der Arbeit in einer neuen Zeit“ – und zwar mit einer Perspektive auf einen europäisch zu denkenden Handlungsraum. Zusätzlich zu einer alten, in der Vergangenheit einmal erfolgreich institutionalisierten Politik der Arbeit galt es, so ihre zentrale Ausgangsthese, angesichts des neoliberalen Rollbacks über eine „neue Politik der Arbeit“ nachzudenken. In diesem Sinne sollte eine neue „primäre“ Arbeitspolitik zu entwickeln versucht werden, die die alten „sekundären“, in der Vergangenheit erfolgreich institutionalisierten und mittlerweile von Erosion bedrohten Politikmuster zunächst zu erweitern und so vielleicht auch neu zu festigen helfen sollte. Gewerkschafter und gewerkschaftsnahe Wissenschaftler waren nach ihrer Auffassung angesichts der gesellschaftlichen Umbrüche zur konstruktiven Diskussion herausgefordert. Das Forum sollte dafür einen geeigneten Diskussionsraum zu schaffen.

Neue Politik der Arbeit – und ein neuer Ansatz, dafür Impulse zu ermöglichen

Die Zeit war für eine solche Initiative nicht nur herausfordernd, sie schien den Initiatoren auch günstig. Die lange Ära der Regierung Kohl war zu Ende gegangen. Viele Gewerkschafter setzten weiter Hoffnungen auf die rot-grüne Koalition. Angesichts von sozialen und ökologischen Herausforderungen und ebenso im Blick auf die Genderfrage herrschte noch ein wenig Aufbruchstimmung – auch nach dem Signal des Rücktritts von Oskar Lafontaine als Finanzminister und SPD-Vorsitzendem, und trotz des Endes des New Economy Hypes. Die Konsequenzen der Veränderung der gesellschaftlichen Arbeit im Zeichen von deren „Subjektivierung“, teilweiser Entgrenzung und Flexibilisierung waren heftig in der Diskussion.

Die Initiatoren des Forums wollten in dieser Lage einen gemeinsamen Denkraum schaffen und nicht eine Verkündigungsarena. Sie waren zwar sicher, aufgrund arbeitspolitischer Erfahrungen und fundierter Untersuchungen wohlbegründete neue Fragen aufwerfen zu können und hatten Überlegungen anzubieten, in welcher

Richtung neue arbeitspolitische Handlungsansätze zu suchen wären; aber sie waren auch sicher, dass neue (Teil)Antworten nur mit einem neuen Typus der Deliberation zu finden wären – eben in einem gemeinsamen Denkraum von Wissenschaftlern und Praktikern. Neben Gewerkschaften und gewerkschaftsnaher Wissenschaft sollten dort aber auch Aktive aus den neuen sozialen Bewegungen zur Mitarbeit gewonnen werden. Das gelang auch in den ersten Jahren; aber unser Forum entwickelte sich dann doch zunehmend zu einer Dialogplattform für Gewerkschaften und gewerkschaftsnahe Wissenschaft. Rasch bildeten sich die grundlegenden Strukturen unserer Arbeit heraus: Ein kleiner Steuerungskreis, der sich um die Gruppe der Initiatoren des Forums herum bildete, strukturierte die Arbeit. Mit dem DGB Landesbezirk Berlin-Brandenburg, dem Landesinstitut Sozialforschungsstelle Dortmund (sfs) und dem „Institut für Europäische Kommunikation“ in Berlin im Hintergrund verfügten wir nicht nur über gewisse materielle Ressourcen. Wir erhielten über eigene Forschung und praktische arbeitspolitische Erfahrungen auch weitere inhaltliche Impulse. In Berlin begannen wir auf einer ersten Jahrestagung, anknüpfend an die oben skizzierten Ausgangsüberlegungen, mit unseren „Spandauer Fragen“. Über einige weitere Jahrestagungen führten sie zu den „Spandauer Thesen“, die auf den Jahrestagungen 2005 und 2006 im Zentrum der Debatten standen und die wir 2006 mit unserem „Turnaround-Buch“ dokumentiert haben. Zwischen den Jahrestagungen organisierten wir in Dortmund Workshops. Sie dienten der weiteren Vertiefung konzeptioneller Überlegungen wie auch der Erweiterung unseres Themenspektrums. Jahrestagungen und Workshops haben wir auf einer rasch eingerichteten Homepage stetig dokumentiert. Referate, Thesenpapiere und Inputs für Arbeitsgruppen auf unseren Jahrestagungen blieben dort nachzulesen. Zusammen mit knappen Gedächtnisprotokollen unserer Veranstaltungen bieten sie bis heute die Möglichkeit, Kontinuität und Entwicklung der Arbeit des Forums über den gesamten Zeitraum von fünfzehn Jahren hinweg nachzuvollziehen (vgl. die Übersicht auf der folgenden Seite). Auch zu allen Buchveröffentlichungen, die aus der Arbeit des Forums hervorgingen oder doch maßgeblich durch die dort geführten Debatten inspiriert wurden, wird auf unserer Homepage informiert.

Erfolge und Grenzen – eine Bilanz

Im Rückblick kann man sicherlich sagen, dass die Entwicklung des Forums in diesen ersten Jahren von einer gewissen „Restaufbruchstimmung“ getragen worden ist – unbeschadet eines recht frühen Ausbleibens von Impulsen aus den neuen sozialen Bewegungen für unsere Debatten und aller Anpassung der rot-grünen Politik an den neoliberalen Zeitgeist zum Trotz, die schließlich in die Agenda 2010 mündete. Die ersten Jahrestagungen wurden bisweilen von mehr als einhundert TeilnehmerInnen besucht, unter denen sich rasch so etwas wie ein „harter Kern“ herausbildete. Unsere Ressourcen reichten dafür aus, die Jahrestagungen wechselnd an den Gewerkschaftsschulen von IG Metall und ver.di in Berlin durchzuführen und zentrale Ergebnisse über unsere Homepage hinaus auch in gedruckter Form zu veröffentlichen. Auch unsere Workshops waren gut besucht. Wir konnten für unsere

Veranstaltungen eine zunächst wachsende Zahl prominenter WissenschaftlerInnen als ReferentInnen gewinnen; und zugleich nahmen nicht wenige führende GewerkschafterInnen an unseren Jahrestagungen teil.

Gleichwohl lässt sich schon für diese ersten Jahre nicht von einer uneingeschränkten Erfolgsbilanz sprechen. Die thematisch und personell enger werdende arbeitspolitische Fokussierung wurde ja schon angesprochen. Darüber hinaus gelang es uns aber auch nicht, das Spektrum der gewerkschaftlichen Aktiven unter unseren TagungsteilnehmerInnen regional über den DGB Landesbezirk Berlin-Brandenburg und die die DGB-Region Dortmund hinaus sukzessive zu erweitern. Wir hatten hier auf Schneeballeffekte gehofft, die aber nicht eintraten. Ebenso wurden unsere Hoffnungen enttäuscht, im „Zusammenspiel“ der beteiligten DGB-Regionen und der dort ansässigen Institute lokale arbeitspolitische Handlungsansätze, flankiert durch geeignete Forschungsprojekte, weiter entwickeln zu können. Die Folgen der Agenda 2010 veränderten hier die Handlungsbedingungen, und auch ein langsam spürbar werdender allgemeiner Trend zur Reakademisierung empirischer Arbeitsforschung war für entsprechende Handlungsansätze wenig förderlich.

In den nun folgenden Jahren wirkten sich die Veränderungen der Forschungsförderungslandschaft weiter aus. Hinzu kam, dass sich der Status wichtiger Initiatoren des Forums änderte. Die Ältesten von uns schieden aus dem Erwerbsleben aus. Die Ressourcen, die die sfs als Landesinstitut noch in das Forum hatte einbringen können brachen im Zuge von dessen Eingliederung in die TU-Dortmund sukzessive weg, und eine Phase sehr erfolgreicher Projektakquise in beiden Instituten, bzw. seitens der von dort kommenden Initiatoren des Forums, ging zu Ende. Auf der anderen Seite erfreute sich das Forum allerdings zunächst noch einer wachsenden Aufmerksamkeit, und auch materiellen Unterstützung seitens der Gewerkschaften. Das hatte nicht zuletzt damit zu tun, dass es mit seinen zentralen Themen auf der Höhe der Zeit war.

- Die *These des „Epochenbruchs“* hatte die ersten Jahrestagungen geprägt. – Wir verstanden und diskutierten ihn als einen schon mehrere Jahrzehnte währenden Prozess des Ab- und Umbaus der wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegsdemokratien im Zeichen einer durch die fortschreitende Digitalisierung beförderten marktradikal forcierten Globalisierung. Und spätestens nach dem Ende des New-Economy-Hype war klar geworden, dass die im herrschenden Politikbetrieb und der veröffentlichten Meinung allgemein geschürten Erwartungen, so eine Fortsetzung des alten „Dreiklangs“ von Arbeit, Fortschritt und Glück erreichen zu können, leere Versprechungen bleiben mussten. Im Zeichen einer zunächst vermeintlich krisenfreien Entwicklungsdynamik hatten manche Beobachter darüber hinaus zunächst von einer wachsenden Selbstbestimmung der Arbeitenden in der Sphäre der Wirtschaft geträumt. Geradezu ganz ihren Forderungen in den Arbeitskämpfen der 1970er Jahre entsprechend sollte das auf eine Art „paradoxa Wunscherfüllung“ hinauslaufen. Dagegen zielte der vorherrschende arbeitssoziologische Diskurs dann um die Mitte der Dekade

darauf ab, dass stattdessen im Zeichen neuer Steuerungskonzepte und immer ungebrochener durchgesetzter Marktzwänge mit einer fortschreitenden Selbstunterwerfung der Arbeitenden unter die weitere Entwicklung des neoliberalen Projekts zu rechnen sei. Unsere Debatten hoben demgegenüber auf die Widersprüchlichkeit eben dieser Entwicklung ab. Wir bestritten solche Tendenzen also nicht, betonten aber die darin auch wachsenden Spielräume für das „Selbertun“ der Arbeitenden, für neue Impulse zu ihrer Selbstermächtigung, an die eine neue Politik der Arbeit anknüpfen müsste.

- Wie schon erwähnt, hatten wir von Beginn unserer Arbeit an die EU als die immer wichtigere und für die Zukunft entscheidende Handlungsebene im Blick. Nach der Weltfinanz- und der neuen Weltwirtschaftskrise, deren Folgen innerhalb der EU rasch zur „Schuldenkrise“ umdefiniert wurden, rückten wir deshalb auf einer ganzen Reihe von Jahrestagungen *Europa als Herausforderung für eine gewerkschaftliche Arbeitspolitik* ins Zentrum unserer Debatten. Gegen die rasch einsetzende Austeritätspolitik, den neuerlichen „Triumph“ des neoliberalen Projekts und seiner längst „gescheiterten Ideen“, diskutierten wir über gewerkschaftliche Handlungsansätze – im je nationalen Rahmen wie auch im Blick auf eine übergreifende europäische Arbeitspolitik. Es ging uns um Alternativen eines „qualitativen Keynesianismus“ oder einer nachhaltigen Entwicklung im Zeichen eines neuen, europäisch zu denkenden New Deals. Wohl sehend, dass die Gewerkschaften, unbeschadet einer an sich ermutigenden, aber eben nur „papierenen“ Beschlusslage, eher weiter in die Defensive gerieten, haben wir diese Debatten mit einiger Beharrlichkeit geführt. Es ging in ihnen um gewerkschaftliche Alternativen für Europa und um die höchst unterschiedliche Lage der Gewerkschaften in den Mitgliedsstaaten der EU.
- Ein dritter Themenkomplex, der uns intensiv beschäftigt hat, war die „*Neue Wirtschaftsdemokratie*“. Auch hierfür waren unsere Debatten, ausgehend von der „neuen Arbeit in der neuen Zeit“, ein wichtiger Anknüpfungspunkt. Wir hatten darin ja die Widersprüchlichkeit der Weiterentwicklung digitalisierter Arbeit im Zeichen von „Subjektivierung“, teilweiser Entgrenzung und Flexibilisierung betont und so unsere Aufmerksamkeit auf neue Potenziale für eine Demokratisierung von Arbeit gerichtet. Hier anknüpfend lag es nahe, angesichts von Weltfinanz- und neuer Weltwirtschaftskrise - auf deren Herausforderungen der herrschende Politikbetrieb bis auf den Tag keinerlei überzeugende Lösungsvorschläge, geschweige denn praktische Antworten, offeriert – im Kontext eines neuen, qualitativen Keynesianismus auch von der Demokratisierung der Arbeit hin zur Demokratisierung der Wirtschaft weiter zu denken. Gegen einen gewerkschaftlichen Pragmatismus, der darauf hinauslief, ausgehend von der deutschen Mitbestimmung – und deren schon weit in der Vergangenheit zurückliegenden konzeptionellen Ausgangspunkten beim ADGB - eine weitergehende Demokratisierung der Wirtschaft zu fordern, oder gar die Mitbestimmung selbst als altbewährtes und nun mit neuem Schwung zu beförderndes Zukunftsmodell anzusehen, forderten wir also

dazu auf, „Wirtschaftsdemokratie“, ebenso wie Arbeit, „neu zu denken“ und versuchten dazu einen Beitrag zu leisten.

- So manche unserer Workshops schließlich waren ergänzend oder vertiefend zu diesen drei Themenschwerpunkten angelegt; und einige führten bis etwa 2010 auch noch zu weiteren Buchveröffentlichungen. So haben wir z.B. 2006 vor dem Hintergrund der gewerkschaftlichen Kampagne um „Gute Arbeit“ sowie der damaligen arbeitssoziologischen Diskussionen über „Grenzkonflikte der Arbeit“ im Hinblick auf „die Herausbildung einer neuen europäischen Arbeitspolitik“ diskutiert, 2009 über das „Bedingungslose Grundeinkommen“ als „ein Modell im Meinungsstreit“ und 2012 – also sozusagen im Vorfeld der späteren Debatten über Industrie 4.0 und Arbeit 4.0. - die Perspektiven und Herausforderungen der weiter fortschreitenden Digitalisierung von Arbeit zum Thema gemacht.

Mindestens bis zum Beginn des zweiten Jahrzehnts der Arbeit des Forums blieben wir so thematisch innovativ und produktiv. Zugleich gelang es uns immerhin, durch die Gewinnung zahlreicher Förderer den Schwund materieller Ressourcen jedenfalls so weitgehend auszugleichen, dass wir den Verlust an Technik und Manpower für die stetige Pflege unserer Homepage auffangen konnten. Für kurze Zeit schien es auch so, dass die einschneidenden Erfahrungen von Weltfinanz- und neuer Weltwirtschaftskrise unsere Chancen verbessern könnten, innergewerkschaftlich mehr Resonanzen zu erzeugen. Die 2009 einsetzende Kurswechseldebatte der IG Metall, die vor allem bei DGB und ver.di intensiv geführte Europadebatte und später dann noch einmal eine intensive Debatte um Wirtschaftsdemokratie bei ver.di gaben uns jedenfalls jeweils zeitweise Anlass für entsprechende Erwartungen. Auf der anderen Seite war aber unübersehbar, dass die deutschen Gewerkschaften in ihrer Bereitschaft und Fähigkeit, Ansätze einer „neuen Politik der Arbeit“ zu forcieren auf Grenzen stießen. Sie organisierten eben nicht nur Widerstand gegen die Folgen gesellschaftlicher Umbrüche im Zeichen des fortgesetzten neoliberalen Rollbacks, die als krisenhaft empfunden wurden. Sie waren als freiwillige Mitgliederorganisationen zugleich auch Teil eben dieser hochwidersprüchlichen gesellschaftlichen Entwicklung. Und die deutsche Exportwirtschaft erwies sich – anders als die Arbeitsbürgerinnen unseres Landes, die sich zunehmend von den Gefahren fortschreitender Prekätisierung bedroht sehen - als vorläufiger Gewinner einer ungebrochen im neoliberalen Geist forcierten Globalisierung und einer EU, die als Globalisierungsverstärker agiert. Außerhalb der EU haben tragende Branchen der deutschen Exportwirtschaft (Automobilindustrie, Maschinenbau) ihre starke Position behauptet oder sogar weiter ausgebaut; und in der EU hat vor allem die deutsche Wirtschaft zunächst einmal von dem „Triumph gescheiterter Ideen“ profitiert. Dass die im Kern unbewältigten Krisen so nur in die Zukunft verschoben werden konnten („gekaufte Zeit“), blieb weithin eine akademische Diskussion. Was so erlebt worden ist war, dass Deutschland, bildlich gesprochen, zunächst einmal im ruhigen Auge des Sturms blieb. Das hat sich erst ein wenig geändert – und zum Aufschwung rechtspopulistischer Bewegungen auch in Deutschland geführt – als sich zeigte, dass die durch die Verwerfungen von neoliberaler Globalisierung und neuer Geopolitik

heimatlos gemachten Menschen im nahen Osten und in Afrika, es mittlerweile bis in die Mitte Europas schaffen.

Allerdings, um im gewählten Bild zu bleiben, der Sturm über Europa trifft vor allem, aber nicht nur die südeuropäischen Staaten der EU. Das korporatistische Deutsche Modell erlebt hingegen zunächst eine neue Blüte. Alte „institutionelle Strategien“ scheinen von neuem zu greifen, obwohl die fortgesetzten Restrukturierungsprozesse in den Unternehmen Belegschaften, Betriebsräte und Gewerkschaften weiter in die Defensive drängen. Der Kampf um die Eindämmung und teilweise Zurückdrängung von Prekarität, wenigstens aber um die Wahrung des Status Quo für die Beschäftigten, fordert aber zugleich immer größere Anstrengungen. Und bei solcher Sisyphosarbeit im Rahmen alter und in der Vergangenheit bewährter Handlungsmuster bleibt wenig Spielraum, um über neue Politikansätze nachzudenken.

Fortschreitende Umbrüche – neue Herausforderungen

Blickt man heute zurück, kann man sagen: Der neue Typus von Intervention (gemeinsamer Denkraum), den wir mit der Gründung des Forums zu entwickeln suchten, erwies sich durchaus als produktiv. Er bringt allerdings die Schwierigkeit mit sich, dass man ihn immer wieder von Neuem herstellen muss. In ihn ist also gewissermaßen ein Moment von Nicht-Nachhaltigkeit eingebaut, dem man nur durch die beharrliche immer neue Mobilisierung aktiver Mitarbeit begegnen kann. Wachsende Schwierigkeiten für unsere Arbeit wirken sich deshalb leicht als ausgesprochen hinderlich aus. Und es macht eben auch einen großen Unterschied, ob man einen solchen Dialograum in einer Phase gesellschaftlicher Entwicklung zu öffnen versucht, die jedenfalls noch durch einen Rest von Aufbruchsstimmung geprägt ist, oder aber in Zeiten, in denen die Kräfte, die auf grundlegende Veränderungen drängen, von neuem stärker in die Defensive geraten. Zu dieser Entwicklung, die die Gewerkschaften stärker in die Defensive und die wachsenden ökologischen Herausforderungen der Zeit gegenüber der sozialen Frage noch mehr in den Hintergrund gedrängt hat, kommen dann noch die oben skizzierten Veränderungen im Wissenschaftsbetrieb. Sie haben jedenfalls dazu beigetragen, dass unsere Ressourcen weiter schrumpften. Der Typus von anwendungsorientierter Arbeitsforschung, aus dem z. B. WissenschaftlerInnen aus der sfs, die damals noch ein Landesinstitut war, relativ zeitnah und fundiert hatten schöpfen können, hat heute einen schweren Stand. Und schließlich sind die meisten derjenigen, die 2002 das Forum neue Politik der Arbeit initiiert haben, WissenschaftlerInnen wie GewerkschafterInnen mittlerweile aus dem Erwerbsleben ausgeschieden. Man hat dann vielleicht mehr Zeit für eigenes Engagement im Forum, aber man hat nicht länger Organisationen und Institutionen im Rücken, aus denen man schöpfen könnte.

In der jüngsten Entwicklung des Forums kommt all dies zum Ausdruck: Unsere Jahrestagungen konnten wir zuletzt nicht mehr in den Berliner Gewerkschaftsschulen von IG Metall oder ver.di durchführen. Unsere finanziellen Mittel reichten dafür nicht

aus. Die nicht zu unterschätzende Möglichkeit zu einem intensiven abendlichen Erfahrungsaustausch – zwischen GewerkschafterInnen und WissenschaftlerInnen, oder auch zwischengewerkschaftlich - gingen so weitgehend verloren. Und auch in den Themen der Tagungen kommt die veränderte Lage zum Ausdruck: unter dem für uns zentralen Label „Zukunft der Arbeit“ haben wir 2016, schon etwas „kurzatmiger als in früheren Jahren, über die große Herausforderung für die Gewerkschaften diskutiert, die individuelle Beteiligung der Einzelnen mit neuen Ansätzen kollektiver Interessenvertretung zu verknüpfen – und über die Schwierigkeiten, diese Herausforderung zu bewältigen. Der Titel der Jahrestagung 2017 „Macht, Ohnmacht, Gegenmacht – Gewerkschaften in der Krise der Demokratie“ war so sicherlich einmal mehr auf der Höhe der Zeit, spiegelt aber eben auch die gegenwärtige gewerkschaftliche Defensive. Die Zahl der TeilnehmerInnen liegt derzeit etwa halb so hoch, wie in den ersten Jahren nach Gründung des Forums.

Weiterarbeit mit neuer Struktur

Angesichts dieser Entwicklung haben wir seit etwa einem Jahr im Steuerungskreis des Forums eine Diskussion darüber begonnen, ob und wie wir unsere Arbeitsweise an die schwieriger gewordenen Bedingungen anpassen können, ohne unseren Ansatz zu gefährden, das Forum Neue Politik der Arbeit als offenen Dialograum zu betreiben. Die Grundlinien unserer vor 15 Jahren begonnenen Debatten über die Herausforderungen zu einer „neuen Politik der Arbeit“ halten wir unverändert für richtig, eine wieder stärkere Berücksichtigung von Herausforderungen zu einer nicht nur sozial sondern auch ökologisch nachhaltigen Entwicklung darüberhinaus in unseren Debatten für wünschenswert. Es ist aber zu berücksichtigen, dass wir heute nicht mehr über die Ressourcen der Anfangsjahre verfügen und dass diejenigen, die inzwischen aktiv im Steuerungskreis des Forums mitarbeiten, im Wesentlichen sämtlich in Berlin ansässig sind. Dort finden auch alle Forumsveranstaltungen statt. Zunächst werden so aus unserer Sicht zwei Veränderungen unausweichlich: Zum einen scheint es uns mittlerweile zwingend zu sein, im Trägerverein des Forums und in seinem Steuerungskreis einen wirklichen Generationswechsel herbeizuführen. Der ursprüngliche Anspruch des Forums kann nur aufrecht erhalten werden, wenn diejenigen, die es organisieren, nicht nach und nach zu einer „Rentnertruppe“ werden, sondern als Gewerkschafter- und WissenschaftlerInnen arbeitspolitisch und arbeitsforscherisch aktiv im Erwerbsleben stehen. Zum anderen meinen wir, die Jahrestagungen, die bislang in hohem Maße für unsere Arbeitsweise prägend waren, selbstkritisch infrage stellen zu müssen: Die hohe Attraktivität der ersten Jahre haben wir nicht dauerhaft aufrechterhalten können, und die Ressourcen für die Durchführung der Jahrestagungen sind erheblich geschrumpft. Wir haben uns also entschlossen, hier auf das Format einer maximal eintägigen Veranstaltung „umzusteigen“. Daneben soll es auch zukünftig fallweise kleinere Workshops geben; und selbstverständlich werden wir unsere Homepage zur Sicherung und Dokumentation der Kontinuität unserer Arbeit weiterhin pflegen, möglichst noch besser vernetzen und attraktiver gestalten.